

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

60. Sitzung
am Montag, dem 15. Dezember 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Berndt Steincke (CDU)

Tagesordnung:

	Seite	
1. Berechnung des Haushaltsansatzes zu Titel 0503-422 01 entsprechend Haushaltsaufstellungserlaß	5	
Schreiben des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1379		
2. Antrag auf Zustimmung zur Gewährung einer Zuwendung an die Stiftung Schloß Glücksburg für die Turmdachsanierung	6	
Schreiben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und KulturUmdruck 14/1389		
3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das III. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1997	7	
Schreiben des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1392		
4. Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO; hier: Modellvorhaben Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	8	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1395		
5. Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtags gem. § 64 Abs. 2 LHO in die Verwertung von Grundstücksrechten an in der Haseldorfer Marsch, Kreis Pinneberg, belegenen, vorwiegend Grünlandflächen in Größe von rd. 420 ha zu einem Preis von rd. 7.650,0 TDM	9	
Antrag des Ministeriums für Finanzen und EnergieDrucksache 14/1150		
6. Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gem. § 64 Abs. 2 LHO in die Rückübertragung des Forstgeheges Lutzhorn auf die Landesforstverwaltung sowie in die Veräußerung von landesforsteigenen Grundstücken zum haushaltsmäßigen Ausgleich	10	
Antrag des Ministeriums für Finanzen und EnergieDrucksache 14/1151		
7.a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001	13	
Bericht der LandesregierungDrucksache 14/871		
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998 (Haushaltsbegleitgesetz 1998)		
Gesetzentwurf der LandesregierungDrucksache 14/850		
c) Änderungsvorschlag zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1998		
Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-HolsteinGesetzentwurf der LandesregierungDrucksache 14/942		
I Nachschiebeliste		
8. Information/Kenntnisnahme	14	
9. Verschiedenes	15	

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Berechnung des Haushaltsansatzes zu Titel 0503-422 01 entsprechend
Haushaltsaufstellungserlaß**

Schreiben des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/1379

Auf Vorschlag des Vorsitzenden verständigt sich der Ausschuß darauf, die Vorlage Umdruck 14/1379 zusammen mit der Vorlage zur Beantwortung von Fragen zu Einzelplan 05, Umdruck 14/1423, als ersten Punkt der Tagesordnung in der morgigen Sitzung zu behandeln.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Antrag auf Zustimmung zur Gewährung einer Zuwendung an die Stiftung Schloß Glücksburg für die Turmdachsanieierung
Schreiben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 14/1389
hierzu: Umdruck 14/1402

Abg. Neugebauer teilt mit, die Fraktion der SPD sei bereit, dem Begehre des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur auf Zustimmung zur Gewährung einer Zuwendung an die Stiftung Schloß Glücksburg "unter Hintanstellung erheblicher Bedenken" zu entsprechen. Sie sei der Auffassung, daß die Familienstiftung ihren Pflichten nach den mit dem Land abgeschlossenen Verträgen nicht nachgekommen sei, wozu unter anderem auch die zur Diskussion stehende Turmdachsanieierung rechne.

Der Freigabe der in den Haushaltsentwurf 1998 eingestellten Mittel in der Größenordnung von 300.000 DM werde die Fraktion nur dann zustimmen - so betont Abg. Neugebauer -, wenn es zuvor eine Verständigung zwischen der Familie und dem Land Schleswig-Holstein gegeben habe. Darin müsse sichergestellt sein, daß es ein von beiden Seiten akzeptiertes Stiftungsgesetz gebe, daß es sich um eine Stiftung des öffentlichen Rechts handle, in der auch die Familienstiftung die sich aus dem vor 40 Jahren geschlossenen Vertrag ergebenden Pflichten insbesondere der Kapitalanlage übernehme und in der auch Regelungen über eine engere Kooperation mit dem Schloß Gottorf und der entsprechenden Verwaltung angestrebt werden.

MDgt Dr. Carl beantwortet eine Frage des Vorsitzenden dahin, daß die Familie die Differenz zwischen den Gesamtkosten für die Turmdachsanieierung in der Größenordnung von 150.000 DM und dem Anteil des Landes in Höhe von 80.000 DM trage.

Mit den Stimmen aller Fraktionen erklärt sich der Ausschuß mit der Zuwendung einverstanden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das III. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1997
Schreiben des Ministeriums für
Finanzen und Energie
Umdruck 14/1392

0701-MG 05, Zuschüsse an den Bund Deutscher Nordschleswiger

Die Verwaltung teilt auf eine Frage des Abg. Sager mit, daß die Erstattung von 90 % des an die deutschen Lehrkräfte in Nordschleswig gezahlten Kindergeldes durch den Bund eine freiwillige Leistung darstelle.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage im übrigen zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO; hier:
Modellvorhaben Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1395

Abg. Heinold greift eine Bemerkung von MR Stege zum Thema "Zielvereinbarung" auf und merkt an, daß nach ihrem Verständnis eine Zielvereinbarung nicht innerhalb der Exekutive geschlossen werden dürfe, sondern zwischen Exekutive und Legislative geschlossen werden müsse. Sie bitte daher, künftig in derartigen Vorlagen die Zielvereinbarungen auch mitzuteilen, damit die Parlamentarier darüber informiert seien, "was die in die Freiheit Entlassenen mit dem Kostenrahmen machen und welche Ziele erfüllt werden". Sinnvoll wäre es, eine Art Raster zu entwickeln, wozu selbstverständlich auch die fortzuschreibende Auflistung aller Projekte gehöre.

Abg. Döring bittet, die von Abg. Heinold für die Zukunft erbetene Information bereits zu der zur Diskussion stehenden Vorlage nachzuliefern. Außerdem bittet er das Finanzministerium um eine Übersicht über die Modellvorhaben zu § 10 a LHO mit Angaben über die vereinbarte Berichtspflicht.

Der Ausschuß macht sich die Bitte des Abg. Döring zu eigen und erteilt gleichzeitig die in der Vorlage erbetene Einwilligung einstimmig.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtags gem. § 64 Abs. 2 LHO in die Verwertung von Grundstücksrechten an in der Haseldorfer Marsch, Kreis Pinneberg, belegenen, vorwiegend Grünlandflächen in Größe von rd. 420 ha zu einem Preis von rd. 7.650,0 TDM

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie Drucksache 14/1150

Abg. Stritzl erklärt, die Fraktion der CDU mache sich die in der Region bestehenden Bedenken gegen die Veräußerung zu eigen.

OAR Graap stellt heraus, daß insbesondere in der Gemeinde Hetlingen seitens des Bürgermeisters und des Umweltamtes die Befürchtung bestehe, daß mit der zur Diskussion stehenden Veräußerung die Entwicklungsfähigkeit der Gemeinde unzumutbar eingeschränkt werde. Das Land glaube aber, in Gesprächen mit dem Bürgermeister und dem Amtsvorsteher einen Weg gefunden zu haben, dem Anliegen der Gemeinde dadurch Rechnung zu tragen, daß ihr eine Option eingeräumt worden sei, Ausgleichsflächen für strukturelle Entwicklungsmaßnahmen zu erwerben; eine Rückäußerung stehe allerdings noch aus.

Der Vorsitzende regt an, die Beratung erst nach Eintreffen der Antwort fortzusetzen.

St Dr. Lohmann teilt mit, daß der Bund nachträglich Bedenken gegen den Kaufpreis geltend gemacht habe, und schlägt vor, die Entscheidung über die gleichzeitig vorgesehene Verwertung von weiteren 230 ha als Ausgleichsflächen für die Elbvertiefung zurückzustellen.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und bittet um eine neue schriftliche Vorlage.

Punkt 6 der Tagesordnung:

- a) **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001**Bericht der LandesregierungD
- b) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998 (Haushaltsbegleitgesetz 1998)**Gesetzentw
- c) **Änderungsvorschlag zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1998**Anlage 2 des Ent



Nachschiebeliste

Einzelplan 01

hierzu: Umdrucke 14/1291, 14/1326, 14/1430, 14/1438

DirLT Dr. Schöning schildert die Notwendigkeit der Sanierung der Bunkerräume und der Kondensatorenanlage sowie der Grundinstandsetzung der Fenster des Landeshauses.

Der Vorsitzende merkt an, daß der für die Grundinstandsetzung der Fenster erforderliche Betrag in Millionenhöhe derzeit nicht finanzierbar sei, und regt an, auf das sogenannte Lübecker Modell zurückzugreifen. Dort habe die Investitionsbank die Schulen Lübecks auf einen zeitgemäßen Stand gebracht und die Maßnahme finanziert, und Lübeck zahle den Betrag in gleichbleibenden Raten ab. Er empfiehlt der Landtagsverwaltung, die Anwendbarkeit des Lübecker Modells zu prüfen und dem Finanzausschuß im Laufe des Jahres 1998 ein Sanierungskonzept vorzulegen. - Der Ausschuß stimmt diesem Vorschlag zu.

Weiter hält der Vorsitzende eine Bestandsaufnahme des gesamten Sanierungsaufwandes für erforderlich und empfiehlt - einem Vorschlag von MDgt Hense folgend -, eine Prioritätenliste aufzustellen - Klimaanlage, Plenarsaaldecke, Fenster -, die Sanierung der Fenster vorerst jedoch nur im Einzelfall vorzunehmen und aus der laufenden Bauunterhaltung zu finanzieren.

Einzelplan 07

hierzu: Umdruck 14/1437

0702-893 03, Zuschuß an die Jüdische Gemeinde in Kiel für den Bau und die Ausstattung eines Sozial- und Gemeindehauses

Abg. Heinold möchte wissen, warum der Zuschuß um 100.000 DM auf 500.000 DM gekürzt worden sei. St Dr. Lohmann antwortet, daß sich nach dem Vertragsentwurf mit der Jüdischen Gemeinde in Kiel die Zuschüsse sukzessive aufbauten.

0710-883 02, Investitionszuschuß zur "Erweiterung der Körperbehindertenschule Hirtenweg" in Hamburg

Abg. Heinold fragt, warum der Ansatz um 1,3 Millionen DM auf 1,8 Millionen DM gekürzt worden sei. St Dr. Lohmann antwortet, daß sich die Fertigstellung verzögere und daß deshalb eine Verschiebung auf das folgende Jahr möglich sei.

Einzelplan 11

hierzu: Umdruck 14/1185

VP Dr. Schmidt-Bens spricht die vorgesehene Veräußerung von Telefonanlagen und deren Rückmietung, die von der Verfassung vorgegebene Obergrenze für die Kreditaufnahme und die im Zusammenhang damit zu nennende Verlagerung aus dem konsumtiven in den investiven Bereich sowie die Probleme im Zuge der Umstrukturierung des Liegenschaftsvermögens an und fragt, wann diese Themen zur Beratung anstehen.

Der Vorsitzende regt an, zumindest das Thema "Landesliegenschaften" zum Beratungsgegenstand der Sitzung am 8. Januar 1998 zu machen, und stellt im übrigen anheim, die anderen Themen im Verlaufe der Haushaltsberatungen anzusprechen. - Der Ausschuß ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Zur **Veräußerung von Telefonanlagen** und deren Rückmietung merkt der Vorsitzende an, daß diesem Vorgang nach seiner Auffassung eine Änderung des § 63 LHO vorausgehen müßte. Abg. Döring stimmt dem zu.

Abg. Stritzl bittet in diesem Zusammenhang um nähere Angaben über die Telefonanlagen, den Erwerber, die Konditionen und dergleichen.

Abg. Kubicki zeigt sich verwundert darüber, daß die Nachschiebeliste in Einzelplan 11 eine **"Spielbank Kiel"** ausweise. Es sei schon merkwürdig, daß haushaltsmäßig etwas veranschlagt

werde, bevor das Parlament darüber befunden habe. St. Dr. Lohmann teilt mit, daß die Errichtung der Spielbank Kiel zum 1. September 1998 vorgesehen sei.

Der Vorsitzende merkt an, daß das Thema "Spielbanken in Schleswig-Holstein" Beratungsgegenstand der Sitzung am 8. Januar 1998 sein werde.

Abg. Stritzl bittet, dem Ausschuß das doch sicherlich von der Landesregierung oder - wie der Vorsitzende einwirft - von der Betreibergesellschaft in Auftrag gegebenen Bedarfsgutachten zukommen zu lassen.

Zu den **Einzelplänen 02 bis 06, 09 und 16** liegen keine Wortmeldungen vor.

Abg. Neugebauer spricht **Nr. 10 des Änderungsvorschlages des Haushaltsbegleitgesetzes** an und empfiehlt, den darin zum Ausdruck kommenden Vertrauensschutz auch entsprechend umzusetzen. - St. Dr. Lohmann sagt dies zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gem. § 64 Abs. 2 LHO in die Rückübertragung des Forstgeheges Luthorn auf die Landesforstverwaltung sowie in die Veräußerung von landesforsteigenen Grundstücken zum haushaltsmäßigen Ausgleich

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie Drucksache 14/1151

In der Diskussion über die Vorlage ist zunächst von "ausnorden" und "abkiesen" die Rede, und trotz mehrfacher Nachfragen bleibt unklar, ob sich im Zuge der vorgesehenen Maßnahme die Waldfläche insgesamt verringern oder vergrößern werde oder ob sie gleichbleiben werde.

Nachdem zweimal Abgeordneten erklärt worden ist, den Sachverhalt nicht "richtig" erfaßt und wiedergegeben zu haben, äußert Abg. Stritzl, daß die Diskussion über die Vorlage "politisch am Rande der Zumutung" liege. Er werde allein schon aus diesem Grunde die Zustimmung verweigern.

Der Vorsitzende gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Verwaltung dem Parlament eine verständliche Vorlage mit entsprechenden Erläuterungen zuleiten werde, und schlägt vor, die Beratungen auszusetzen. - Der Ausschuß folgt diesem Vorschlag.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 14/1388 - Hallenser Erklärung der Deutschen Stiftungen
Umdruck 14/1398 - Steuerliche Behandlung von
Lebensversicherungsverträgen
Umdruck 14/1403 - Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 1998,
Epl 07
Umdruck 14/1412 - Übertragung von Förderprogrammen auf die I-Bank

Die Vorlagen Umdrucke 14/1407 - Teilnahme an nichtöffentlichen Ausschußsitzungen - und 14/1409 - Stiftung Schloß Eutin - sollen als gesonderte Punkte in die Tagesordnung der Sitzung am 8. Januar 1998 aufgenommen werden.

Die übrigen in der Erweiterung der Tagesordnung vom 12. Dezember aufgeführten Vorlagen Umdrucke 14/1420, 14/1421 und 14/1422 sollen in der morgigen Sitzung des Finanzausschusses aufgerufen werden, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich zunächst mit der Problematik zu beschäftigen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die Landtagsverwaltung in der Sitzung am 8. Januar 1998 über den Stand der Vorbereitungen des **Symposiums** zum Thema "**Einführung neuer Steuerungsinstrumente im Landeshaushalt**" berichten werde.

b) Abg. Neugebauer trägt vor, der Presse sei zu entnehmen gewesen, daß der **F.D.P.-Landesverband Schleswig-Holstein** von der Landtagsverwaltung zu Unrecht Geld erhalten habe. DirLT Dr. Schöning merkt an, daß die Landtagsverwaltung derzeit noch im Prüfverfahren sei und daß im Augenblick eine Aussage über das Ergebnis der Prüfung nicht möglich sei.

Abg. Heinold erklärt, sie gehe davon aus, daß der Finanzausschuß im Januar über das Ergebnis der Prüfung schriftlich unterrichtet werde.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Geschäfts- und Protokollführer